

## MÖNCHENGLADBACH AKTUELL

Tagesbetreuung: Kritik am Kinder-Gesetz

Eltern und Erzieherinnen in Mönchengladbach haben an den Plänen der Landesregierung viel auszusetzen.

Mönchengladbach. Ein ungewöhnliches Bild in der Rheydter Kindertagesstätte Pelikan: Im Gruppenraum krabbeln nur zwei kleine Kinder über den Fußboden, spielen begeistert mit raschelnden Zeitungsseiten, schreien nach dem Schnuller oder klammern sich juchzend an die Beine der Erwachsenen.

Diese sind seltenerweise in der Mehrheit. Rund zwei Dutzend Vertreter von Gladbacher Kindertagesstätten („Kitas“) der freien Träger, fast alles Mütter, sitzen auf den Stühlchen und niedrigen Bänken – und sind wütend.

„Wir wollen konträre Meinungen kundtun zu dem, was die Politiker momentan vertreten“, verkündet Gastgeberin Petra Kimmerle zu Beginn der Versammlung am gestrigen Vormittag. Der Grund des kollektiven Unmuts ist der Entwurf zu einem neuen Kinderbildungsgesetz des Landes NRW, kurz KiBiz.

Trete das Gesetz in dieser Form Anfang August kommenden Jahres in Kraft, gehe „die Vielfalt verloren“, gebe es bald einen „städtischen Einheitsbrei“, würden Kindertagesstätten zu „Verwahranstalten“, lauten die Vorwürfe in der Runde.

„Man muss ja das Wohl des Kindes an den finanziellen Rahmen anpassen“, kritisiert Bettina Rybka vom Kindergarten Dohrwürmchen. „Eigentlich müsste es doch umgekehrt sein.“ Kommen die geplanten Änderungen, gebe sie ihr Kind nicht mehr in eine Betreuungseinrichtung, sagt eine Mutter.

Die WZ hat mit anwesenden Erzieherinnen über das komplexe Thema gesprochen und stellt drei ihrer Hauptsorgen mit Blick auf die nahe Zukunft vor:

Kritikpunkt Betreuungszeiten

„Momentan gibt es noch flexible Hol- und Bringzeiten“, erklärt Hildegard Rick von der Kindertagesstätte Nimmersatt. Demnächst solle es aber so sein, dass die Eltern im Voraus sagen müssten, ob ihr Kind ein Jahr lang 25, 35 oder 45 Stunden (ganztägig) pro Woche betreut werden soll.

„Und bei 25 Stunden beispielsweise müssten die Kinder mindestens 20 Stunden im Jahrdurchschnitt in der Tagesstätte sein“, so Rick weiter. Ansonsten müssten die Einrichtungen entsprechende staatliche Zuschüsse zurückzahlen. Ihrer Meinung nach sollte es so bleiben, wie es ist, mit individuellen Absprachen mit den Eltern.

Kritikpunkt Personalstärke

Nach Ansicht von Bettina Rybka brächten die oben beschriebenen Veränderungen große Unsicherheiten bei den finanziellen Planungen der Kita-Träger mit sich. Rybka arbeitet in einer Gruppe von 20 Kindern mit zwei Fachkräften und Praktikantinnen.

Wenn KiBiz unverändert kommt, so ihre Befürchtung, müsste sie vielleicht eine ausgebildete Erzieherin entlassen. Ihrer Meinung nach wäre dann die nötige Zuwendung zu den Kindern sehr schwierig: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass 20 Kinder von weniger als zwei Personen betreut werden können.“

Kritikpunkt Verwaltung

Alle Anforderungen des neuen Gesetzes sollen laut Petra Kimmerle von den ehrenamtlichen Vorständen der Kindertagesstätten der freien Träger umgesetzt werden. Dazu gehörten Geld- und Personalfragen, aber auch die Sicherung von Qualität und Kindeswohl. „Unter diesen komplexen Bedingungen würde ich mich als Mutter oder Vater nicht für den Vorstand melden“, sagt Kimmerle.

KiBiz

Finanzierung: Die finanzielle Unterstützung der Kitas soll in Form von „Kindpauschalen“ gezahlt werden und richtet sich auch nach der wöchentlichen Betreuungszeit (25, 35 oder 45 Stunden).

Protest: In ganz NRW soll es zwischen 12. und 16. Juni eine Aktions-Woche gegen das Gesetz geben. Am 16. protestieren mehrere freie Träger in der Rheydter Fußgängerzone.

10.05.2007

Von Daniel Boss